

Der Befoldungsstand des Bürgerblocks

Das Blatt fort, ist es doch das Kompromiß, von dem wir vor einer Woche schon sagen konnten, daß es von der Regierung angedreht würde. Während also die bürgerliche Presse von einem Kompromiß redet, konträr die „linke“ Volkszeitung eine Niederlage der Industriellen.

Die Strategie der wörtlichen Reformisten ist klar. Sie wollen der Arbeiterklasse einreden, als ob der „Gen. er a s i e r i t der Ruhrkapitäne“ zurückgeschlagen sei und empfehlen den Arbeitern, die Entscheidung des Reichsarbeitsministers anzuerkennen, d. h. praktisch, auf den Achtstundentag zu verzichten. Wörtlich schreibt das Blatt: „Jetzt gilt es bei den Schlichtungsverhandlungen, auf der Basis der Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Arbeitszeitfrage den Guttenarbeitern auch einen menschenwürdigen Lohn zu bringen und den Anschlag auf Wirtschaft, Volk und Staat, den sich die Eifenkönige mit der Stilllegungsandrohung erlaubt haben, abzuwehren.“ Was die Basis der Entscheidung des Zentrumsministers ist, haben wir bereits mehrfach und heute wieder an anderer Stelle gesagt. Die Volkszeitung empfiehlt aber aber den Arbeitern die Annahme dieses Betruges. Noch bevor überhaupt eine Entscheidung des Schlichters vorliegt, kapitulieren die Reformisten. Ihr Ziel ist, den Kampf gegen das Schlichtertribunal zu vermeiden. Um nun die Arbeiter von diesem notwendigen Kampfe abzuhalten, empfiehlt die Volkszeitung der Ruhrarbeiter, bei der Kräfteprobe mit den Eifenkönigen, „mit ihrer Sache zugleich die Sache des Staates zu verfechten“. Das heißt praktisch natürlich nichts anderes, als Zustimmung zu den Vorschlägen Brauns, Verzicht auf den Lohnkampf, Kapitulation vor dem Diktat der Bürgerblockregierung und ihres Schlichters. Die Arbeiter sollen auf die Durchsetzung ihrer Forderungen verzichten. Der Kampf der Arbeiter gegen die Schwarzmacher soll verhindert werden und deshalb nur beschränkt die Volkszeitung die Antwort Brauns als einen Erfolg der Gewerkschaften, um damit den Arbeitern weiszumachen, als wenn die Fortführung und Verschärfung des Kampfes nicht notwendig sei. So entpuppte sich die Dresdner Volkszeitung erneut als das Blatt des notorischen Arbeiterverrats. Die Praxis und der Inhalt des Schlichtertribunales wird die Arbeiterklasse erkennen lassen, welches gefährliche Spiel, welcher infame Betrug von den bankrotten Politikanten mit ihnen getrieben werden soll.

Zur Regierungsbildung in Braunschweig

Vor der Bildung einer sozialdemokratischen Regierung? Die Kommunisten fordern Einberufung eines Kongresses der Betriebsräte und Landarbeiter

Die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweiger Landtags hat nach einer Meldung des Vorwärts beschlossen, die neue Regierung aus den eigenen Reihen, das heißt eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Als Ministerpräsident wird Rechtsanwalt Dr. Jasper genannt. Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist einerseits eine Konzession an die Stimmung der Braunschweiger Arbeiterklasse, die sich gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik ausgesprochen hat, andererseits ein Manöver, um die Koalition mit den bürgerlichen Parteien vorzubereiten.

Die SPD Braunschweig hat gemeinsam mit den kommunistischen Abgeordneten in Gegenwart eines Vertreters des ZK zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Stellung genommen. Es wurde beschlossen, in der Mittwochsitzung des Landtages folgende Erklärung abzugeben:

„Erklärung der Kommunisten zur Regierungsbildung in Braunschweig“

Die Vertreter der kommunistischen Partei im Braunschweiger Landtag erklären zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden, daß sie bereit sind, für diese Regierung zu stimmen.

Diese Zustimmung bedeutet keineswegs, daß die kommunistische Partei damit die Verantwortung für die Politik dieser Regierung vor der Braunschweiger Arbeiterklasse übernimmt.

Die kommunistische Partei wird vielmehr ihre Haltung gegenüber der sozialdemokratischen Regierung abhängig machen von der Haltung dieser Regierung zu den wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen der Braunschweiger werktätigen Bevölkerung, wie sie bereits im Wahlkampf von der kommunistischen Partei vertreten wurden.

Die kommunistische Partei wird jede Maßnahme der sozialdemokratischen Regierung zur Durchführung der proletarischen Mindestforderungen im Kampfe gegen die Bourgeoisie unterstützen. Die kommunistische Partei wird aber mit der größten Entschiedenheit den Kampf gegen die sozialdemokratische Regierung innerhalb und außerhalb des Parlamentes

Für die unteren Beamten ist kein Geld da — Gen. Torgler brandmarkt den Klassencharakter der Befoldungsvorlage

Bei Beginn der Sitzung teilt Präsident Löbe mit, daß die Beamtenbefoldungsvorlage in zwei Tagen durchgeprüft werden soll. Es müssen dazu Dauerführungen abgehalten werden. Mit der Beratung verbunden ist ein kommunistischer Antrag, der den Abschluß neuer Tarifverträge, die Erhöhung der Löhne der Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost fordert.

Wander (SPD) weist darauf hin, daß die Gehälter der unteren Befoldungsgruppen auch nach dieser Vorlage zu niedrig sind.

Die Redner der deutschnationalen und der volksparteilichen Fraktionen begrüßen die Befoldungsvorlage.

Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Torgler:

Die Tatsache, daß die Tribünen des Reichstags bei dieser Beratung so schlecht besetzt sind, zeigt, daß auch bei den Beamten alle Hoffnungen auf diesen Reichstag verfliegen sind. Der Vorstoß des Zentrums vor einer Woche war ein ausgeprägter Pressionsversuch, der bezweckte, den Beamten draußen zu sagen: Seid zufrieden mit dieser Vorlage, sonst bekommt ihr gar nichts!

Wenn jetzt die Beamten nur die paar Groschen sehen, die sie mehr bekommen sollen, so werden sie in einigen Monaten um so härter die Folgen der reaktionären Befoldungsordnung zu spüren bekommen, die mit der Befoldungsreform verbunden wurden.

Die bürgerlichen Parteien denken bei ihrem Lob auf das Berufsbeamtentum immer nur an die obere Beamtenschaft. Diese Parteien haben ja zusammen mit Demokraten und Sozialdemokraten feinerseit die Voraussetzungen für den großen Beamtenabbau geschaffen.

Wir setzen uns für das Berufsbeamtentum in dem Sinne der Sicherung und Erhaltung der Existenz der unteren und mittleren Beamten ein.

(Sehr wahr! bei den Komm.) Für die lebenslängliche Anstellung der oberen Beamtenhierarchie uns einzusetzen, haben wir gar keine Veranlassung. Genau so ist es in der Frage der Pensionszahlung.

Wir denken nicht daran, Bestrebungen mitzumachen, den unteren und den Betriebsbeamten das Recht auf ihren Versorgungsanspruch zu nehmen oder zu schmälern. Die Auswirkung der jetzigen Befoldungsordnung wird den Beamten zeigen, was sie von diesem kapitalistischen Klassenstaate zu erwarten haben. Sie werden bald es ganz brutal ausgesprochen, daß Sie unter der Wahrung des Berufsbeamtentums nur die Wahrung der Interessen der oberen Beamten verstehen, während Sie die Betriebsbeamten und anderen Betriebsbeamten ins Angelegenheitsverhältnis drängen wollen.

Für die Forderung für die unteren Beamten hat die Regierung im Ausschuss erklärt, das sei finanziell unmöglich, während bei Forderungen für solche Leute, wie Reichsgerichtsräte usw., von den finanziellen Folgen keine Rede war.

zur Herbeiführung des Sturzes dieser Regierung führen, wenn die Regierung die Durchführung dieser Forderungen ablehnt, mit bürgerlichen Parteien zu paktieren versucht und eine Politik betreibt, die sich gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung Braunschweigs richtet.

Die kommunistische Partei unterstreicht noch einmal mit aller Schärfe, was sie bereits in dem Schreiben an den Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Braunschweigs zum Ausdruck gebracht hat, daß diese Forderungen nur im Kampfe gegen die Bourgeoisie durchgesetzt werden können und daß dazu erforderlich ist, daß sich die Regierung in erster Linie auf die Kräfte der Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere auf die freien Gewerkschaften stützt.

Zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterschaft schlägt die kommunistische Partei der sozialdemokratischen Partei und dem Bezirksvorstand des ADGB die Einberufung eines Braunschweiger Kongresses der Betriebsräte und Vertreter der Landarbeiter vor. Die Aufgabe dieses Betriebsrätekongresses soll sein, die außerparlamentarischen Voraussetzungen für die Führung des Kampfes zur Durchführung der proletarischen Mindestforderungen zu schaffen.

Drohender Bergarbeiterstreik in Gschleien

II. Berlin, 14. Dezember. Wie ein Morgenblatt berichtet, tagten gestern in Waldenburg die Funktionäre der christlichen und freien Gewerkschaften, um über die Antwort der Arbeitgeber auf eine im November unterbreitete Forderung auf Erhöhung des Schichtlohnes um 80 Pfennig zu beschließen. Die Antwort der Arbeitgeber wurde als völlig ungenügend abgelehnt. Sollte bis zum 20. Dezember eine Antwort im Sinne ihrer Forderung nicht eintreffen, dann soll am 22. Dezember die Arbeit niedergelegt werden. Rund 28 000 Bergarbeiter würden dann in den Streik treten.

Wie die Millionengewinne der Stahlmagnaten entstehen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Bochum, 12. Dezember 1927.

H. H. Einzelheiten, nur schwer aus den Maßregelungen fürchtenden Arbeitern zu erfragen, sammeln sich allmählich an und zeigen, aneinandergereiht, ein System auf, ein System raffiniertester Ausbeutung, das die Quelle der Riesengewinne der Stahlindustriellen ist.

Es sind dieselben Praktiken in der August-Thyssen-Hütte, in den Krupp-Werken, in denen schwer erkrankte Arbeiter vom Betriebsarzt des Betriebes gesund geschriebe werden, in den Anlagen des Bochumer Vereins (Bereinigte Stahlwerke). Man mag herausgreifen, welchen Betrieb man will, es werden die in den anderen Betrieben gemachten Erfahrungen bestätigt.

Bochumer Verein: Hochofen, Martinwerke, Walz-, Hammer-, Röhrenwalzwerke, Gießerei, Räderdreherei, Gassgeneratoren-Anlagen. Einer der mächtigsten Teilbetriebe der Vereinigten Stahlwerke mit einer Belegschaft von 11 000 Mann.

59 Pf. verdient ein Hilfsarbeiter in der Stunde, 85 Pf. ein Facharbeiter bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Das sind Tariflöhne, die aber keineswegs immer bezahlt werden. So in der Gießerei, deren Belegschaft erst vor drei Wochen durch einen Tarifstreik die Zahlung des Tariflohnes erzwang und vorher nur 78 bis 81 Pf. erhielt.

Ein Arbeiter der Räderdreherei, der seit 23 Jahren im Betrieb tätig ist, verdiente in schwerster Akkordarbeit 8,50 M. pro Tag. Er kam bei der Direktion um eine Lohnserhöhung ein, als Antwort erhielt er die Kündigung. Der Betriebsrat erzwang zwar die Wiedereinstellung des Arbeiters, konnte aber nicht verhindern, daß er wegen „Quarantäne“ zur Strafe ans Hauerwerk überwiesen wurde. Der Arbeit ist er seines Alters wegen nicht mehr gewachsen, wird krank und dann nach seiner Heilung zu ein-

fachen Arbeiten auf dem Bahnhof verwandt, wo er den niedrigen Lohn, 59 Pf., bekommt. Weil er es gewagt hatte, höheren Lohn zu fordern!

In der Räderdreherei wurde versucht, die im März zugrundeliegenden Lohnzulagen wieder abzuziehen. Ebenso wurden Reparaturstunden nicht bezahlt. Erst das Eingreifen des Betriebsrates erzwang die Rücknahme dieser Maßnahmen.

Ein Fall aus dem Walzwerk für Straßenbahnschienen: Der Meister verlangt von einem Arbeiter, in der Pause noch einen Hod aus dem Ofen zu ziehen und zu bearbeiten. Dieses Ansuchen, das den Raub der Pause bedeutete, wurde von dem Arbeiter abgelehnt. Er wurde daraufhin zur schlechtbezahltesten Arbeit verwiesen, dort solange schikaniert, bis er freiwillig aus dem Betrieb ging.

Die Straßen bilden ein Spezialkapitel jeder modernen Fabrik. Im Hochofenbetrieb, in dem bestimmte Prämien bezahlt werden, befindet sich ein Anschlag, daß, wer mehr als drei Schichten im Monat fehlt, der Prämie verlustig geht. Eine Maßregel, die bei Abmachung des Prämienystems nicht erwähnt wurde! Im Elektrizitätsbetrieb wird jeder, der einen Tag ohne Entschädigung fehlt, mit einer Mark bestraft. Im Martinwerk wurde kürzlich die „Charge“, das ist der Inhalt eines Ofens, ausgegossen. Klügel Markt Strafe!

Ein Arbeiter, der sich nach Ansicht der Direktion zu lange auf dem Abort aufgehalten hatte, wurde entlassen!

Man könnte diese Aufzählung noch lange fortführen, doch es genügt, das System ist klar. Nur eins sei noch erwähnt, der Ausspruch eines Ingenieurs: „Jeder, der sich beim Betriebsrat beschwert, wird in eine besondere Liste eingetragen, auf die wir gelegentlich zurückkommen werden.“

Das letzte noch zur Abrundung des Bildes, zu dem jeglicher Kommentar überflüssig erscheint.

Wir Kommunisten erklären deutlich, daß die Mittel aufgebracht werden können und müssen durch stärkeres Anziehen der Reichsteuern.

Im Haushaltsausschuss wurde ein schändliches Spiel getrieben. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien verließen sich immer hinter Breußen, und in Breußen versteckte man sich immer hinter dem Reich. Das Opfer dieses Spiels waren die Beamten.

Die Verantwortung für die preussische Befoldungsvorlage mit ihren 38 Befoldungsgruppen werden die Sozialdemokraten den Beamten gegenüber nicht los.

(Sehr wahr! bei den Komm.) Wir haben im Ausschuss und hier im Plenum Anträge für die Erhöhung der Bezüge der unteren Beamtengruppen gestellt. Die Erhöhungen sind ja inwieweit durch die Preissteigerungen größtenteils illusorisch geworden. Diese Bürgerblockregierung ist gar nicht fähig, Maßnahmen gegen die Preistreiber zu treffen.

Das Verhältnis der niedrigst bezahlten und höchsten Beamtenlöhne soll nach unseren Anträgen nicht 1 zu 20, sondern höchstens 1 zu 24 sein.

Die Sozialdemokraten haben mit ihren Anträgen für die unteren Beamten nur Manöver gemacht, dabei hat die preussische Regierung als erste die Ministerialeinkommen um 50 Prozent erhöht.

Die Bestrebungen, die Sonderzuschläge abzubauen, müssen nach Ablehnung unserer Anträge auf Schaffung eines allgemeinen auskömmlichen Existenzminimums entschieden bekämpft werden.

Wir stehen der Reichswehr als Instrument des Klassenstaates ablehnend gegenüber, werden aber trotzdem gegen die Verschlechterung der Lage der Reichswehrsoldaten durch die Befoldungstabelle C auftreten.

Die Admirale bekommen danach 4200 Mark jährlich mehr, die übrigen Offiziere ebenfalls entsprechende Erhöhung, die einfachen Soldaten keinen Pfennig mehr.

Die Kommunisten haben bereits im Oktober in einem Antrag verlangt, daß auch den Arbeitern bei Reichsbahn, Post usw. dieselbe Erhöhung des Lohnes gewährt wird, wie den Beamten. Wir wollen dadurch den gewerkschaftlichen Kampf dieser Arbeiter vom Reichstage aus unterstützen. Wir wenden uns mit allen Mitteln gegen die demagogischen Versuche, die Arbeiter gegen die Beamten, und umgekehrt auszuspielen. Notwendig ist die einheitliche Front der Arbeiter und unteren und mittleren Beamten gegen die kapitalistische Bürgerblockpolitik.

Nach einer ausgedehnten Spezialdebatte erfolgen die Abstimmungen. Alle von der kommunistischen Fraktion gestellten Änderungsanträge werden abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmen gegen die meisten von der kommunistischen Fraktion im Interesse der unteren und mittleren Beamten gestellten Änderungsanträge. Die Paragraphen 1—14 werden dann gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

Der Arensdorfer Arbeitermord

Vor dem Schwurgericht Frankfurt a. d. O. begann am Montag der Prozeß gegen den Landwirt Paul Schmeijer und dessen Sohn August Schmeijer aus Arensdorf wegen der Ermordung der beiden Berliner Reichsbannerarbeiter. Der ältere Schmeijer ist inzwischen zum Ehrenmitglied der Völkischen Freiheitspartei ernannt worden. Die zwei Angeklagten sind jene völkischen Mordbrenner, die zwei Reichsbannerkameraden erschossen und jedes andere schwer verletzt haben.

Sie sind jedoch nicht etwa des Mordes, sondern vielmehr nur des Totschlages angeklagt.

Der Vorsitzende wandte sich in seiner Eröffnungsansprache an die Zeugen im Gerichtssaal mit der Bemerkung, die Reichsbannerzeugen sollten sich die Sache so vorstellen, als ob sie als „Angehörige eines Turnvereins“ sprechen, der für das Gerätetun an sei, während die Gegenseite für Leichtathletik schwärme.

Die Geschworenen sind mit wenigen Ausnahmen ältere und biedere Bürger: ein Rektor, ein Tischler, ein Lehngutsbesitzer, ein Rentner, ein Bahnhofsvorsteher, ein Kaufmann und ein einziger Arbeiter: ein Steinseher. Die Angeklagten versuchen unter allen Umständen, vor allem der Sohn August Schmeijer, für sich den Paragraphen 51 in Anspruch zu nehmen. Das geht auch aus einem Kaffiber her, der August Schmeijer an seine Eltern zu vermitteln versuchte, der aber abgefangen wurde. Darin heißt es:

„Liebe Eltern! Will euch mitteilen, daß ihr gar nichts verraten sollt von dem Schran. Ich habe angegeben, daß der Schran, aus dem ich das Gewehr holte, verschleihen war; aber wie ich ihn ansah, war er auf. Die Patronen habe ich im Schreibtisch geliegt. Ich hoffe, daß ich jetzt hier ein Gutachten vom Oberarzt erhalte, mit dem ich freigesprochen werde.“ Die Verhandlung dauert an.

Frankfurt a. O., 13. Dez. (Vgl. Drahtbericht.)

Heute wurde die Verhandlung gegen die Arensdorfer Mörder an den beiden Reichsbannerleuten fortgesetzt. Der als Zuhörer anwesende Junfer von Alvensleben, der als großer Gutbesitzer in Arensdorf die dortige Einwohnerschaft absolut unter seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu bringen wollte, und der durch seine Anwesenheit gewissermaßen die politische Kontrolle über die Aussagen der Mörder und der für sie ein tretenden Zeugen übernahm, mußte heute aus dem Gerichtssaal gewiesen werden. Nachdem es der Vorsitzende versucht hatte, den Junfer zu bewegen, freiwillig den Saal zu verlassen, was derselbe aber strikte ablehnte, brachte der Verteidiger der Reichsbannerarbeiter, Dr. Julius Berger, einen Antrag, auf Vernehmung des Junkers als Zeugen ein, und so war von Alvensleben gezwungen, den Gerichtssaal zu verlassen.

Amerikanische Truppenlandung in Kanton

Die Rostocker Zeitung meldet aus London: In Kanton, dem Ausgangspunkt der revolutionären Bewegung, die unter Führung von Kowming siegreich bis zum Jangtse vordrang, sind neue Wirren ausgebrochen. Eine Gruppe von Ultraradikalen hat mit Hilfe der Hafenarbeiter sich der Stadt bemächtigt und eine Art Sowjet-Regierung eingesetzt. Es kam zu Plünderungen und Zusammenstößen. Ein amerikanisches Kriegsschiff hat zur Verteidigung des Fremdenviertels eine Landungsabteilung mit Feldgeschützen entlandet, die das amerikanische Konsulat belehrt und den Abtransport der Fremden überwachen soll. Alle Fremden sollen möglichst rasch nach Hongkong transportiert werden.

Zhangtholins Blutterror

Peking, 13. Dezember. Es wurden hier neuerlich 21 Chinesen zum Tode verurteilt. Sie waren von der Polizei und Militärbehörden wegen Verdachtes der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei während der letzten zwei Monate verhaftet worden.

Wetterdienst für 14. und 15. Dezember. Zunächst Aufhören der Schneefälle und etwas Aufklären. Temperaturen schwankend zwischen und um Null und einige Kältegrade. Schwache Luftbewegung. Im späteren Verlauf erneut Niederschlagsneigung (teils als Regen, teils als Schnee) bei etwas ansteigenden Temperaturen. Gebirge: Wie Flachland, jedoch anhaltend kalt.